„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 10. Juni 1925 | 12 Seiten | Nummer 31

Kommen auch Dominionwahlen?

Der liberale Erfolg in Saskatchewan ermutigt die canadische Regierung

Premier Mackenzie King in Ottawa soll, wenn man den englischen Pressberichten besondere Bedeutung beimessen darf, über das Resultat der Provinzwahlen von Saskatchewan hocherfreut sein. Anscheinend gibt er sich der Hoffnung hin, daß eine Kraftprobe in einer baldigen Dominionwahl ähnliche günstige Ergebnisse für das liberale Banner im Westen zeitigen würde. Bekanntlich haben die letzten canadischen Wahlen eine Reihe von progressiven Vertretern aus dem Westen in das Unterhaus nach Ottawa gebracht, während die liberalen Abgeordneten in bedenklicher Minderzahl geblieben sind. So hat Saskatchewan überhaupt nur einen Liberalen, nämlich den jetzigen Landwirtschaftsminister, Hon. W. R. Motherwell, entsandt, der natürlich infolge der geringen liberalen Vertretung des Westens im canadischen Parlament auch nicht jenen Einfluß auf die Dominionpolitik ausüben konnte, den viele seiner Anhänger von ihm erwarteten. Ein Abgeordneter, selbst wenn er als Minister fungiert, braucht einen starken Rückhalt in dem von ihm vertretenen Gebiet, wenn er erfolgreich wirken soll. Ein solcher Rückhalt fehlte Minister Motherwell aber vollständig, da er der einzige Liberale unter lauter Progressiven von Saskatchewan war. Dennoch hätte sich mit den Progressiven in gewissen Fragen des Westens vielleicht ein Zusammengehen ermöglichen lassen, wenn diese Partei in sich selbst einig genug gewesen wäre. Aber die Progressiven des Westens sind, wie hinlänglich bekannt, gerade in wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. bei der letzten Abstimmung über das Budget, auseinandergefallen. Daß bei einer solchen Lage der Dinge nicht viel zu erreichen war, sollte jedem einleuchten, der in der Politik, in der Kunst des Möglichen, sich etwas auskennt.

Bevor jedoch Premier Mackenzie King sich zu Neuwahlen entschließt und bevor die Auflösung des Unterhauses in Ottawa erfolgt, wird von aller Wahrscheinlichkeit nach den Ausgang der Provinzialwahlen in Nova Scotia abwarten, die auf 25. Juni festgesetzt sind. Dort werden die Liberalen, die unter Premier Armstrongs Leitung bisher die politische Macht in Händen hatten, und die Konservativen um die Siegespalme ringen. Die Liberalen waren in der letzten Legislatur mit 29 Mitgliedern vertreten, während die Konservativen deren drei zählten. Die übrigen 11 Sitze verteilten sich auf Farmer, Arbeiter und kleinere Gruppen. In seiner Wahlproklamation befaßt sich Premier Armstrong mit den Leistungen der liberalen Regierung. Vor allem weist er hin auf das hohe Ansehen Nova Scotias in der Finanzwelt, welche die Bonds der Provinz als Sicherheiten mit Goldwert betrachte. Das sei der beste Beweis für die Tüchtigkeit, Klugheit und Sparsamkeit der Regierung. Ferner verpflichtet sich Premier Armstrong, seine Kraft in Zukunft für eine bessere Berücksichtigung Nova Scotias im Rahmen der Dominionpolitik einzusetzen. Der Führer der konservativen Opposition, Hon. E. N. Rhodes, läßt die bekannten konservativen Kritiken von Stavel, wirft der Regierung Verschwendung vor und legt ihr insbesondere die verworrene Lage im Bergwerksgebiet, wo neuerdings wieder ein Streik wütet, zur Last.

Von den Resultaten der Provinzialwahl in Nova Scotia wird sicherlich wie von der verflossenen Wahl in Saskatchewan viel für die Beurteilung der Parteikonstellation in ganz Canada abhängen. Trotzdem läßt sich aber daraus noch kein abgerundetes Bild gewinnen. Denn auf dem Gebiete der Dominionpolitik spielen doch ganz andere Fragen, die bei Provinzwahlen teilweise oder vollständig ausscheiden. Daher sollte die Dominionregierung in ihren Berechnungen recht vorsichtig zu Werke gehen, wenn sie nicht schließlich Enttäuschungen erleben will.

Freie Schule im freien Staat!

Amerikanisches Oberbundesgericht verurteilt Zwangsschulgesetz von Oregon

Privat- und Pfarrschulen entsprechen der Verfassung.

Elternrecht geht vor Staatsrecht.

Washington, 1. Juni. — Oregon hat im amerikanischen Oberbundesgericht den Kampf, durch den es alle Eltern des Staates zwingen wollte, ihre Kinder den öffentlichen Schulen anzuvertrauen, verloren.

Das Oberbundesgericht hat entschieden, daß die Staaten bei Durchführung der Gesetze des Erziehungszwanges kein Recht haben, unter Ausschluß von privaten oder Pfarrschulen den Besuch öffentlicher Schulen vorzuschreiben.

Das für den Staat Oregon erlassene Schulgesetz, das verlangte, daß alle Kinder im Alter zwischen 8 und 16 Jahren den Unterricht in öffentlichen Schulen genießen, wurde infolgedessen für ungültig erklärt.

Besitzer McReynolds erklärt in der Begründung der Entscheidung, das unausweichliche praktische Resultat der Durchführung des Schulgesetzes des Staates Oregon wäre die Vernichtung der Pfarr- und anderer privaten Schulen, die sich einem erzieherischen Unternehmen widmen, das seiner Natur nach nicht schädlich sei, sondern seit langem als nützlich und verdienstlich angesehen wurde.

Weiter heißt es in der Entscheidung: „In den Akten ist nichts enthalten, das darauf hindeuten würde, daß die Pfarr- und Privatschulen ihren Verpflichtungen den Eltern, die ihre Kinder diesen Instituten anvertrauen, oder den Schülern oder dem Staate gegenüber nicht nachgekommen wären. Es liegen auch keine eigentümlichen Umstände oder Notfälle vor, die eine außerordentliche Maßnahme hinsichtlich der Erziehung in den Elementarschulen gerechtfertigt erscheinen ließen. Wir denken, daß es ganz klar sei, daß das Schulgesetz des Staates Oregon vom Jahre 1922 sich in die verfassungsmäßige Freiheit der Eltern und Vormünder, das Großziehen und die Erziehung ihrer Kinder ihrer Kontrolle zu unterstellen, unvernünftigerweise einmische. Wie bei früheren Gelegenheiten schon erklärt, dürfen die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte durch die Gesetzgebung, wenn diese mit irgendeinem in der Kompetenz des Staates liegenden Zweck nicht in vernunftgemäßer Beziehung steht, nicht eingeschränkt werden. Die fundamentale Theorie der Freiheit, auf der alle Regierungsgewalt in dieser Union beruht, schließt irgendeine allgemeine Machtbefugnis der Staaten aus, die Erziehung auf eine einheitliche Stufe zu bringen, indem sie die Kinder zwingt, Instruktionen nur von einem Lehrer der öffentlichen Schulen anzunehmen. Das Kind ist nicht eine bloße Kreatur des Staates; jene, welche es pflegen und sein Schicksal lenken, haben auch das Recht und die Pflicht, es für den weiteren Lebensweg vorzubereiten."

Vorgeschichte des Falles

Dem Angriff auf die Verfassungsmäßigkeit des Schulgesetzes des Staates Oregon wurde seitens erzieherischer und religiöser Kreise des Landes ein lebhafteres und größeres Interesse entgegengebracht als irgendeinem anderen Fall, der in den letzten Jahren dem Oberbundesgericht zur endgültigen Entscheidung vorgelegt wurde.

Wie die meisten Staaten hat auch Oregon ein Gesetz, das die Schulpflicht für alle Kinder und den Lehrplan vorschreibt. Das Recht der

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Canadas Anspruch auf das Land bis zum Nordpol

Erklärung des Ministers Stewart.

Ottawa. — Laut Ankündigung von Charles Stewart, dem Minister des Innern, vor dem Unterhause beansprucht Canada alles Land nördlich von der Dominion zwischen Alaska und Grönland bis hinauf zum Nordpol.

Eine Kommission ist augenblicklich damit beschäftigt, Canadas Besitzrechte auf das Land zu untersuchen und sein Recht darauf festzustellen.

Es wurde bekannt, daß Canada bereit sei, die Ansprüche anderer Länder auf das Territorium direkt nördlich von Alaska und Grönland anzuerkennen, und deshalb keinen Anspruch auf Wrangel Island erhebe.

New York, 7. Juni. — Kapitänleutnant E. F. McDonald, der von den Ver. Staaten der Donald B. McMillan Expedition als Fachmann zugeteilt wurde, sagte am Abend, daß die Expedition einen Vorrat von amerikanischen Flaggen mitnehmen würde, in der Hoffnung, für die Ver. Staaten einen neuen Kontinent entdecken zu können. Die Expedition würde jene Länder, entdecken, die Canada nunmehr beansprucht, und eine Telegramm von Ottawa melde.

Wie Kapitänleutnant McDonald erklärt, soll er eine der Aeroplane der McMillanschen Expedition, soll die Aufgabe der, Gefährten zu unterstützen, daß eine große, unerforschte Strecke Landes, vielleicht eine Million Quadratmeilen groß, sich nach sich von Alaska bis zum Pol erstrecken soll.

Bluttat eines Wahnsinnigen

Hamilton, Ont., 7. Juni. — Infolge einem Anfall von Wahnsinn erschoß Lloyd Kuffell, der Mörder seiner Familie, wie die Polizei berichtet, die die Verhaftung vornahm, er sich selbst angeschossen und leicht verwundet hatte. Seine Opfer waren die Frau seines Bruders, seine Mutter, sein Bruder und seine Schwägerin. Kuffell ist in der Zeit zur Untersuchung im Country-Gefängnis. Die Nachbarinnen Tatsache erklärten sich, indem sie immer ein Bett fand, als sie die Schüsse hörte. Kuffell mordete die Seine dann gegen 8½ Uhr und brachte sich eine Stunde in der ersten Etage bei. Die Nachbarn meinten, Jos. Kuffell durchschossen zu haben, noch eine weitere Kugel, er hatte zwei Revolver und verwendete im ganzen etwa 100 Schüsse.

Wie die Polizei mitteilt, wurde er jetzt Jahre betreffs einer Hypothek auf das Haus und drohte, die Bücher von den Wänden zu reißen. Kuffell ist 43 Jahre alt.

Die meisten der Opfer lagen im Schlafzimmer, als er sie erschoß.

Für Revidierung der canadischen Frachtraten

Ottawa. — Der Ausschuß der Eisenbahnkommissare für Canada ist durch eine Regierungsverordnung damit beauftragt worden, „eine gründliche und vollständige Untersuchung der ganzen Frage der Eisenbahnfrachttarife in der Dominion zu unternehmen". Die Verordnung erklärt, „daß die Politik, die auf eine Angleichung der Frachttarife abzielt, soweit als nur irgend möglich anerkannt werden sollte, da es der einzige Weg ist, alle Teile Canadas gleichmäßig zu behandeln, und da diese Methode darauf berechnet ist, den Austausch von Waren zwischen den verschiedenen Teilen der Dominion zu erleichtern, Industrie und Handelsschaft fördert, die Entwicklung des Außenhandels zu ermutigen."

Ein neuer Triumph der deutschen Technik

Berlin, 7. Juni. — Ingenieur Edgar Steinberg hat kürzlich die von ihm erfundene Steinberg-Lampe vorgeführt, die eine wesentliche Verbesserung der Bogenlampe darstellt. Sie brennt in jeder Stellung, kann Erschütterungen ausgesetzt werden, erbeitet ohne Mechanik und vereint in sich die Vorteile der Bogenlampe mit denen der Metalldrahtlampe, ohne die Nachteile der beiden Systeme zu besitzen.

Die Lichtart der Steinberg-Lampe kommt dem Sonnenlicht sehr nahe und es ist damit angeblich eine Quelle höchster Lichtintensität geschaffen, die ohne jede Vorbereitung an jeden Haushaltstrom angeschlossen werden kann. Auch glaubt man, daß die neue Erfindung der Schiffahrt endlich ein nebelfreies Licht gegeben habe.

Schnaps-Piraten nach einem Gefecht gefangen

St. Pierre, Miquelon, 7. Juni. — Der französische Schnaps-Schooner „Marie 2", der auf der Reede dieses Hafens von sechs britischen Seeräubern gekapert wurde, die mit ihm und seiner Ladung geistiger Getränke auf die hohe See hinausfuhren, wurde um Mitternacht von dem französischen Trawler „Alie" nach einem scharfen Gefecht wieder aufgebracht und nach St. Pierre geschleppt. Im Laufe des Gefechtes wurde der Schooner beschädigt. Die britischen Piraten werden vor Gericht gestellt.

Der Schooner, bis vor kurzem unter britischem Register, war eben zu französischer Flagge transferiert worden und lag auf der hiesigen Reede vor Anker, als sein früherer Kapitän und sein Mann der Besatzung ihn bestiegen. Zwei als Piraten verbliebene Mitglieder der französischen Besatzung wurden überwunden und in einer Torn ausgesetzt, während die „Marie 2" davonsegelte. Kapitän Wynacht soll der Führer der angreifenden Seeräuber gewesen sein.

Auf einen Funkruf nahm der französische Trawler „Alie" die Verfolgung der Piraten auf. Der Schooner wurde eingebracht, die sechs Briten überwältigt und gefangengesetzt und eine französische Prisenmannschaft von der „Alie" an Bord zurückgelassen.

Die gefangenen zwei französischen Matrosen sind schlimm zugerichtet; der zweite Offizier Lafitte hat einen Arm einbüßen, der andere das Augenlicht verlieren.

Erregung über die alliierte Entwaffnungsnote

Räumung der Kölner Zone wieder hinausgeschoben.

Deutschland wird mit einem Protest antworten.

London, 7. Juni. — Auf die alliierten Entwaffnungsnote, die in Berlin überreicht wurde, hat in der Deutschland [illegible] Gebiet durch die Alliierten bis [illegible] Tage [illegible] Berlin zeigt Verwirrung. [illegible] Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages [illegible] dien.

Die Note zählt Deutschlands Verfehlungen auf, in erster Linie die Nichterfüllung seiner Entwaffnungspflicht in einer unmißverständlichen Weise [illegible]. Deutschland hat seine Polizei [illegible] nach militärischer Art. Deutschland wird angeklagt, die Numerierung von Kanonen in ausschließlich Betriebe der Friedensgeräte unterlassen zu haben. Verschiedene Fabriken seien noch immer tätig. Man [illegible] hervorgehoben. Deutschland gemäß [illegible] Kriegsmaterial [illegible] Kriegsmaterial [illegible] Kriegsmaterial